

erst dann der Fall sein, wenn die nach den neuen Vorschriften ausgebildeten Lehrer ihren Dienst antreten und zur Verfügung stehen. Die Bundesländer haben sich im Bildungsgesamtplan auf die Stufengliederung des Schulwesens festgelegt, auf die sich die neue Lehrerausbildung beziehen muß. Wir gehen davon aus, daß der Bildungsgesamtplan auch in seinen finanziellen Konsequenzen weiterhin gültig ist.

Die Frage der Ausbildung und Eingruppierung von Beamten anderer Laufbahnen ist nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Neuregelung der Lehrerausbildung zu sehen. Hier liegt der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Fachhochschulgesetzes vor, der die Verbesserung der Ausbildung von Beamten des gehobenen nicht-technischen Dienstes vorsieht. Es wäre nicht richtig, beide Reformvorhaben schlicht zu parallelisieren und mit dem Stempel der gegenseitigen Ausschließlichkeit zu versehen, zumal die Besoldungskonsequenzen durch den Bundesgesetzgeber zu ziehen sind.

F.D.P.: Berufsausbildung ist notwendige Zukunftsinvestition

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt Abgeordneter Wolfgang Heinz:

Die Behauptung, die Verknappung der Ausbildungsplätze sei allein auf die Reform der Berufsausbildung zurückzuführen, ist falsch, vielmehr hat sie mehrere Ursachen:

1. Seit 1950 läßt sich eine enge Verknüpfung des Angebots von Lehrstellen mit der jeweiligen konjunkturellen Situation beobachten; das Angebot an Ausbildungsplätzen geht zurück, wenn die Zahl der Arbeitslosen steigt und die der offenen Stellen zurückgeht.

2. In Zeiten der Hochkonjunktur spiegelt die Anmeldung von Ausbildungsplätzen bei den Arbeitsämtern nicht die tatsächliche Zahl an bereitgestellten Plätzen wider, sondern ist mit dem Ziel überhöht, bei der Zuteilung der Quote den realen Bedarf zu erreichen.

3. Seit der Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes im Jahre 1969 durch die Große Koalition hat das Interesse der Arbeitgeber an der Belastung durch Auszubildende aufgrund der neuen Bedingungen erheblich nachgelassen.

Die jetzigen Schwierigkeiten sind also situationsbedingt, sie betreffen nicht die bildungspolitischen Zielvorstellungen. Die Reformen sollen ja gerade diese Schwierigkeiten beheben und die Qualität der Ausbildung sichern und verbessern. Nach wie vor gelten die Erkenntnisse der modernen Wirtschaftstheorie und die Bildungsökonomie, daß bei hohem technologischem Standard in der Produktion neben Kapital und Arbeit die Qualifikation der Arbeitnehmer der entscheidende Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung ist. Insofern sind Ausbildungsleistungen der beruflichen Schulen wie der Betriebe Zukunftsinvestitionen, von denen der einzelne und zugleich die gesamte Wirtschaft profitieren.

Also liegt die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen im Interesse der Betriebe selbst. Wo die Zahl der Ausbildungsplätze nicht ausreicht, müssen mit staatlicher Hilfe verstärkt überbetriebliche Lehrwerkstätten eingerichtet werden.

Porträt der Woche



Karl Nagel (CDU)

Immer frisch und aufgeräumt, gern für einen politischen Witz auch über die eigene Partei zu haben und mit einem für einen 45jährigen noch recht jugenhaften Lachen: Daran erkennt man Karl Nagel auf den ersten Blick. Aber er kann auch westfälische Hartnäckigkeit demonstrieren. Ein ungesundes münsterländisches Selbstbewußtsein läßt Skrupel kaum aufkommen. Der CDU-Abgeordnete Nagel scheint immer zu wissen, was er will.

Dabei stammt er nur scheinbar aus einer heilen Welt. Zwar wirkt das eigene Heim am Uhlenspiegel 14 in Borken, von wo aus man allüberall ins Grüne blickt, wie eine Idylle fernab des Großstadtgetriebes. Aber die Arbeiterfamilie Nagel, kinderreich und ans Mitanfassen gewöhnt, hat sich diesen bescheidenen Wohlstand hart erworben. Nagels Vater war Zentrumsmann und erklärter Nazi-Gegner. Von ihm stammt die tiefsitzende Aversion des Sohnes gegen jede ideologische oder diktatorische Einschränkung der Freiheit. Es mag sentimental klingen, doch es ist so: Auf dem Sterbebett des Vaters kurz vor Kriegsende versprach Karl Nagel, sich politisch-demokratisch zu engagieren. Als alles vorbei war, Reichsarbeitsdienst, ein paar letzte Kriegsmonate und ein halbes Jahr Gefangenschaft, trat er der CDU bei. Nagel gehört nicht zu den geschelerten Studiösi, die heute immer zahlreicher in die Politik drängen. Er studierte in Münster Theologie und Philosophie, freilich unter „Nichteinkalkulierung des Zölibats“, wie er sagt; dann in Münster und Oberhausen Pädagogik. Lange blieb er beim „Handwerk“ des Schulmeisters, 1961 wurde er Rektor in Velen. Danach erst, 1964, ließ er sich in den Borkener Kreistag wählen. 1966 kam Nagel in den Landtag, 1970 bestätigten die Wähler sein Direktmandat mit 69,9 Prozent der Stimmen.

Nagel betreibt im Parlament Kulturpolitik mit leidenschaftlicher Sachkunde. Er ist kein Vielredner, doch sein immer wohlhabend gewogenes Wort hat im Kulturausschuß, in der CDU-Fraktion und auch im Plenum verläßliches Gewicht. Jahrelang hat er neben seiner Abgeordnetentätigkeit

noch Schulunterricht erteilt. Doch jetzt scheint auch bei Nagel der Schritt zum Berufspolitiker fast vollzogen zu sein.

Das hat Ärgernisse im Gefolge. Nagel gönnt sich kaum einen freien Abend. Wahlkreispflege, Arbeit an der Basis und bei bildungspolitischen Fachtagungen gehören zur eisernen Pflicht. Allerdings: „Der Sonntag ist heilig.“ Man kann die Familie Nagel dann mit drei Töchtern und zwei Söhnen durchs Münsterland radeln sehen, wenn sie nicht im Urlaub gemeinsam die österreichischen Alpen erklimmt. Bergsteigen ist Familienhobby. Sogar der sechsjährige Dominik hat unter des Vaters sachkundiger Führung schon einen Dreitausender bezwungen.

Wer so fest auf beiden Beinen steht, muß die Frage nach seinem politischen Standort beantworten. Nagel unterdrückt im Gespräch eine Spontanreaktion und sagt dann „Mitte links“. Er meint ein bildungspolitisches und auch sozialreformarisches Engagement für ein Menschenbild frei von Indoktrinationen und von dem verdächtig modischen Trend zur Umwertung aller Werte.

Seine größte Sorge in dieser scheinbar so gefestigten Demokratie ist es, daß „wir unsere Freiheit wieder einmal verspielen, weil die Solidarität aller Demokraten immer mehr zu wünschen übrig läßt“. Nagel sieht beides, die Gefahr einer Usurpation von links und die nicht minder gefährliche Reaktion des Rufes nach dem starken Mann von rechts. Insofern scheint bei Nagel die Politik eine Funktion des täglichen aktiven und konstruktiven Widerstandes zu sein. Auf gut deutsch gesagt: Bange-machen gilt nicht.

Lothar Beyerung